

## Antrag an das 31. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	IYSSE an der HU	
Datum	01.07.2024	
Nr. und Datum der Sitzung	7. Sitzung	10.07.2024
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	6.14 SP-31/78	

### I. Antragsgegenstand

Verurteilung des Angriffs auf die Wissenschaftsfreiheit durch das Bundesbildungsministerium

### II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Das Studierendenparlament verurteilt die Einschüchterungsversuche des Bundesbildungsministeriums gegen die Unterzeichnenden des offenen Briefs „Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten“. Der Brief verurteilt die Polizeigewalt gegen Studierende an der FU Berlin, die friedlich gegen das Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza protestierten.

Auch wenn bisher keine Fördermittel gekürzt wurden, dient allein schon die Prüfung dessen und die Diskussion darüber der Disziplinierung der Betroffenen. Während kritische Studierende brutal angegriffen werden, soll jede Kritik an diesem Vorgehen mundtot gemacht werden. Das ist ein Vorgehen, das man sonst nur aus Diktaturen kennt und dient der Gleichschaltung der Universitäten.

Das Studierendenparlament fordert deshalb die sofortige Beendigung sämtlicher staatlicher Drohungen gegen Dozierende, ein Verbot von Polizeieinsätzen auf dem Campus und ein Ende jeglicher Repression gegen kritische Studierende.

### III. Begründung

erfolgt mündlich

Link zum offenen Brief:

[https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfVy2D5Xy\\_DMiaMx2TsE7YediR6qifxoLDP1zIjKzEl9t1LWw/viewform](https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfVy2D5Xy_DMiaMx2TsE7YediR6qifxoLDP1zIjKzEl9t1LWw/viewform)

### IV. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

wilcktam@student.hu-berlin.de